

BESCHLÜSSE

aus der 35. Sitzung des Kreisausschusses am 11. Juni 2018

TAGESORDNUNG der öffentlichen Sitzung

1. Fortführung der Koordinationsstelle Wohnberatung nach Ende der staatlichen Förderung (ab 01.02.2019)
 2. Fortführung der Koordinationsstelle Inklusion nach Ende der LEADER-Förderung (ab 01.04.2019)
 3. Fortschreibung Nahverkehrsplan für den regionalen Nahverkehrsraum Memmingen-Unterallgäu
 4. Anpassung des Investitionszuschusses für das Kommunalunternehmen Kreiskliniken Unterallgäu aufgrund des verbesserten Jahresergebnisses 2017
-

1. Fortführung der Koordinationsstelle Wohnberatung nach Ende der staatlichen Förderung (ab 01.02.2019)

Beschluss:

Der Landkreis Unterallgäu führt die Halbtagsstelle zur Koordination und Durchführung der Wohnberatung mit Kosten von voraussichtlich insgesamt rund 26.500 Euro/Jahr auch nach dem Auslaufen der staatlichen Förderung fort. Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung vor dem Kreistag über die Umsetzung des Seniorenkonzepts ist auch die Entwicklung der Wohnberatung darzustellen.

Anwesend: 13

Für 13 Stimmen : gegen 0 Stimmen

2. Fortführung der Koordinationsstelle Inklusion nach Ende der LEADER-Förderung (ab 01.04.2019)

Beschluss:

Der Landkreis Unterallgäu führt die Halbtagsstelle „Koordination Inklusion“ auch nach dem Auslaufen der LEADER-Förderung mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von rund 27.500 Euro/Jahr fort.

Anwesend: 13

Für 13 Stimmen : gegen 0 Stimmen

3. Fortschreibung Nahverkehrsplan für den regionalen Nahverkehrsraum Memmingen-Unterallgäu

Beschluss:

- a) Der Kreisausschuss begrüßt den vorgelegten Entwurf des aktualisierten Nahverkehrsplanes für den regionalen Nahverkehrsraum Memmingen-Unterallgäu zum Stand vom 22.05.2018 und empfiehlt dem Kreistag, den Nahverkehrsplan in der vorliegenden Fassung zu beschließen.
- b) Der Nahverkehrsplan ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landkreises umzusetzen.
- c) Der Nahverkehrsplan soll in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden.

Anwesend: 11

Für 11 Stimmen : gegen 0 Stimmen

4. Anpassung des Investitionszuschusses für das Kommunalunternehmen Kreiskliniken Unterallgäu aufgrund des verbesserten Jahresergebnisses 2017

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die überplanmäßigen Ausgaben bei der Hhst. 1.5100.9850 (Investitionszuschuss an das Kommunalunternehmen Kreiskliniken Unterallgäu) in Höhe von 2.421.197,26 € zu genehmigen. Die Deckung erfolgt durch die Minderausgaben bei der Hhst. 0.5100.7150 (Fehlbetragsabdeckung des Kommunalunternehmens Kreiskliniken Unterallgäu) in derselben Höhe.

Anwesend: 10

Für 10 Stimmen : gegen 0 Stimmen